Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 48 | Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth-Straße 1. Fernspr. 5, 8246. | **Hamburg, den 1. Dezember 1917** | Anzeigen kosten die fünfgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (der Betrag ist stets vorher einzusenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile. | 31. Jahrg.

Das sozialpolitische Programm der Reichsregierung.

Die am 29. November beginnende Tagung des Reichstags wird für die Arbeiterschaft hochwichtige Fragen vorfinden. Vor allem sind es die Fragen, die mit dem Koalitionsrecht in Verbindung stehen. Der berüchtigte § 158 der Reichsgewerbeordnung, unter dem die gewerkschaftliche Bewegung schwer zu leiden hatte, wird erneut seine Beleuchtung erfahren und muß endlich verschwinden. Dieser Paragraph gibt sich ausdrücklich als Ausnahmegesetz; er greift nur Platz, wenn Gewaltdrohung oder Beschimpfung beim Streik zur Anwendung kommen, die nach den allgemeinen Strafgesetzen nicht bestraft werden können; fallen die begangenen Handlungen sowieso unter das Strafgesetz, dann kommt die Sonderbestimmung des § 158 nicht zur Anwendung. Genau ebenso ist der Erpressungsparagraph in seiner besonderen Auslegung und Anwendung auf die Arbeiterkämpfe ein Ausnahmegesetz. Praktisch haben diese Bestimmungen die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht sehr stark beeinflußt. Wo die Arbeiterklasse stark genug organisiert war, wurde die Solidarität im Kampfe hochgehalten und der Abschluß von Tarifverträgen erzwungen, auch wenn diese Verträge und die Streikparole nach Gewerbeordnungsparagraph 152 Absatz 2 ohne jede verpflichtende Rechtskraft waren. So handelt es sich hier weniger um neue materielle Entscheidungen, um wirkliche Verschiebung der Klassenmachtverhältnisse, als vielmehr um die Beseitigung eines kränkenden Unrechts, das man der Arbeiterklasse zugefügt hat, und dessen Ueberwindung ein Ehrenpunkt für sie ist.

Die Schaffung von Arbeitskammern steht schon seit drei Jahrzehnten im Mittelpunkt der sozialpolitischen Erörterungen. Es darf daran erinnert werden, daß die Gewerkschaftskongresse sich wiederholt mit großer Mehrheit gegen Arbeitskammern und für Arbeiterkammern ausgesprochen haben. Der Unterschied zwischen beiden besteht bekanntlich darin, daß Arbeiterkammern nur Interessenvertretungen der Lohnempfänger sind, während Arbeitskammern Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam umfassen. Man darf aber nicht an den Worten kleben. Auch die Sozialdemokratie hat stets gefordert, daß neben den reinen Arbeiterkammern eine Institution geschaffen werde, die Arbeiter- und Unternehmervertreter gemeinsam umfasse; nur nannten wir sie nicht Arbeitskammer, sondern Arbeitsamt. Schafft man statt Arbeiterkammer und Arbeitsamt eine Arbeitskammer, in der die Arbeitnehmervertreter soviel Bewegungsfreiheit haben, wie in einer selbständigen Arbeiterkammer, dann ist das schon ein Fortschritt. Und dieser Weg der Arbeitskammer in dem umschriebenen Sinne empfiehlt sich praktisch deshalb, weil ihn die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften eingeschlagen haben; es können sich also auf ihm alle Arbeiter zu praktischer Arbeit zusammenfinden. Sehr wünschenswert ist weiter die Verbindung der Arbeitskammer mit der Vertretung der Angestellten, denen man eine besondere Sektion für Angestellte zubilligen könnte. Besonderen Angestelltenkammern wäre diese Einheitslösung weitaus vorzuziehen.

Neben diesen beiden Reformen, die in kurzer Frist durchgeführt werden müssen, soll und wird eine große Sachverständigenkommission gebildet werden, die für die Zeit nach dem Kriege den Neuaufbau des Arbeitsrechts gründlich vorbereitet. Wir brauchen nur an Fragen, wie das Landarbeiterrecht, das Gesinderecht, das Staatsarbeiter- und Staatsbeamtenrecht, die Ordnung des Tarifvertragwesens, den Gruppenakkord, den Kolonnenlohn und dergleichen mehr zu erinnern, und jeder wird sich sofort bewußt, wieviel Lücken und Mängel die Gesetzgebung hier noch auszubessern hat. Aber das ist eine weitschichtige Arbeit, die schwerlich noch während des Krieges fertig wird.

So besteht das sozialpolitische Programm der Regierung aus fast selbstverständlichen Notwendigkeiten und aus Zukunftsmusik. Viel zu tun und zu leisten ist da für den neuen Leiter des Reichswirtschaftsamtes nicht. Wenn er bloß nicht stört und hindert, werden sich diese Fragen schnell lösen lassen.

Mit treffenden Worten weist Professor Dr. E. Francke in der „Sozialen Praxis" auf die notwendigen sozialpolitischen Forderungen hin, die unbedingt jetzt durchgeführt werden müssen, um zu klaren und festen Verhältnissen zu kommen. „Verläßt man nun den unfruchtbaren Boden der Versprechungen und Vertröstungen auf die Zeit nach dem Kriege," so führt er aus, „und betritt entschlossen die Bahn der Taten mit bestimmten Reformen schon für die Gegenwart, so wird unseres Erachtens ein Dreifaches sich ergeben. Wenn Regierung und Parteien sich in sozialer Arbeit auf wichtigen Einzelgebieten verständigen und zu greifbaren Ergebnissen kommen, so wird praktisch eine Einheitlichkeit des Wollens und Tuns erreicht, die den Feinden die Geschlossenheit unseres Volkes an Haupt und Gliedern kraftvoll vor Augen führt. Sozialpolitik ist Kulturarbeit, und ein Volk in Waffen, das gleichzeitig in den schwersten Kämpfen an der freiheitlichen Entwicklung der Massen arbeitet, ist jenseits jeder Möglichkeit eines inneren Zusammenbruchs und vertraut gläubig seiner Zukunft.

Gewiß werden die sozialpolitischen Reformen auch zahlreiche und mächtige Gegner finden, — noch mehr außerhalb als innerhalb der Volksvertretung. Aber diese Bekämpfung wiegt gering gegen die große Errungenschaft bei den Massen, die mit Augen sehen und mit Händen greifen, daß hier ernstlich für ihre Wohlfahrt unter dem Zeichen der Gerechtigkeit und des Vertrauens gesorgt wird. . . . Vielleicht wäre die Unruhe in weitesten Kreisen nicht eingetreten, vielleicht hätten die Hetzereien keinen Nährboden gefunden, wenn sie nicht immer wieder hätten darauf verweisen können: „Seht, man kommt zu Euch nur mit unbestimmten Vertröstungen, aber nicht mit Taten." Aber noch ist es nicht zu spät, noch ist Hilfe möglich.

Und zum dritten wird sich zeigen, wie notwendig die Sozialreform für den Wiederaufbau unserer Volkskraft, unserer Volkswirtschaft, unseres Staats- und Kulturlebens ist. Wie will man diesen wunden und verstümmelten Volkskörper neu beleben und kräftigen, wenn man nicht entschlossen an Wohnungsreform, Seuchenbekämpfung, Kinderfürsorge, Arbeiterschutz herantritt? Die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises, die Erwerbslosenfürsorge, die Kredithilfe, die Förderung des Einigungswesens zur Vermeidung von Arbeitskämpfen, eine gesunde Lohnpolitik, die Förderung der Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften, — dies alles sind unentbehrliche Sicherungen für den Neubau unseres Wirtschaftslebens, die nicht erst auf die Friedenszeit verschoben werden können. Die schweren Kriegslasten endlich, die uns auferlegt werden, sind nur von einem Volke zu tragen, das im Vertrauen auf bessere Zeiten willig und emsig mit Hand anlegt, um Staat und Kultur zu heben und zu kräftigen, das in lebendiger Ueberzeugung, selbst Träger von Staat und Kultur zu sein, einen Bund für Vaterland und Freiheit schließt, um in geordneter Selbsthilfe die Staatshilfe zu ergänzen und zu befruchten. Das ist auch eine Wirkung der Sozialreform, wohl ihre höchste und edelste.

Man hörte in den letzten Zeiten so oft das Wort, man müsse die „Stimmung im Volke heben". Kein besserer, kürzerer Weg zu diesem Ziel als die Erfüllung berechtigter Forderungen durch die Gemeinschaftsarbeit von Regierung und Volksvertretung. Eine Tat, wie die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, nützt da unendlich viel mehr, als die Verweisung auf die Neuorientierung nach dem Kriege. Jetzt müssen die Bausteine behauen und gesetzt werden, die das Fundament des neuen deutschen Hauses tragen, in dem unser Volk sicher und frei wohnen will."

Ein Beitrag zur Lage unserer Lackierer im Kriegsjahre 1917.

I.

Im März dieses Jahres gab der Vorstand unseres Verbandes zur Ermittlung der Erwerbsverhältnisse unserer Berufskollegen einen allgemeinen Fragebogen heraus. Die Antworten hierauf, soweit sie die Kollegen im Malergewerbe und die zurzeit außer Beruf tätigen Mitglieder umfaßten, wurden bereits im „Vereins-Anzeiger" (Nr. 28, 40, 41 und 42) in statistischer Zusammenfassung veröffentlicht. Nun sind auch die Fragebogen, die von unsern Lackiererkollegen eingegangen sind, verarbeitet; nachfolgend soll das so gewonnene Ergebnis bekanntgegeben werden:

In 14 Artikeln des „Vereins-Anzeigers" (Nr. 44 von 1916 ff.) haben wir schon einmal über die Veränderungen, die der Krieg in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Lackiererkollegen mit sich gebracht hat, berichtet, und zwar auf Grund eines persönlichen Fragebogens aus den Monaten Mai/Juni 1915 sowie eines Ortsfragebogens vom Juni 1916. Es steht uns dadurch geeignetes Vergleichsmaterial zur Verfügung, wodurch der Wert unserer Erhebung vom März 1917 steigt. Spezielle Antworten für den Lackiererberuf wurden durch diese allgemeine Erhebung nicht verlangt. Der Fragebogen befaßte sich hauptsächlich mit den Löhnen und mit den infolge des Krieges gewährten Teuerungszulagen. Die Umfrage richtete sich in der Hauptsache nur an unsere organisierten Kollegen; deshalb und infolge des Krieges war der Umfang dieser Statistik erheblich geringer als in Friedenszeiten. Immerhin genügt aber das Material, um sich über die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses bei unsern Lackiererkollegen ein Bild zu machen.

Es waren aus **87** Orten von **2243** Personen Fragebogen eingegangen. Im Vergleich zur Gesamtbeteiligung an der Erhebung vom März 1917 sei bemerkt, daß aus Malerkreisen 33,1 pZt. der Fragebogen stammten, 28,3 pZt. der Befragten haben außer Beruf gearbeitet, während **43,6** pZt. aus Lackierereien und Fabrikbetrieben kamen. Die Beteiligung unserer Lackierer brachte also die meisten Fragebogen, was sich erklärt, wenn wir beachten, daß infolge des Krieges in vielen Betrieben recht flott zu tun ist. Unter den Fragebogenbeantwortern befinden sich etwa 100 Lackiererinnen (Berlin 61, Dresden 20 und einige andere).

Von den befragten Lackierern waren 1144 = 86,8 pZt. in Kriegsbetrieben und nur 289 = 13,2 pZt. in andern Betrieben beschäftigt. 1915/16 stellten wir fest, daß 63,9 pZt. der Befragten für Militärbedarf gearbeitet haben. Für die Steigerung bei dieser Erhebung finden wir die Erklärung, wenn wir beachten, daß der Kreis der Beteiligten kleiner war, und daß bei Einberufungen die kriegswichtigen Betriebe mehr geschont wurden. Ein großer Teil von Lackierern war früher nicht in Betrieben tätig, die heute für die Kriegsindustrie arbeiten; sie sind zu diesen Arbeitsplätzen erst hingewandert. Dies müssen wir bei unserm Urteil in der Lohnfrage und bei den Teuerungszulagen wohl im Auge behalten. Selbst von den Kollegen, die außer Beruf beschäftigt waren, kamen nur 66 pZt. auf die Kriegsindustrie, während sich 33 pZt. einem andern Arbeitsverhältnis zugewandt hatten. Trotzdem wir aus Lackiereien die meisten Fragebogen erhalten haben, war die Beteiligung im Vergleich zu unsern früheren Erhebungen doch sehr gering, worauf ebenfalls bei der Beurteilung der Zahlen Rücksicht genommen werden muß. Um zu ermessen, wie stark der Krieg auf die Gesamtbeschäftigung von Lackierern gewirkt hat, bringen wir einige Zahlen mit von früheren Statistiken. — Unsere Lackiererhebungen erstreckten sich:

1910	**auf 164 Orte**	**mit 13409**	**Beschäftigten**		
1915	„ **108**	„ „ **7909**	„	= **59,2** pZt.	von **1910**
1917	„ **87**	„ „ **2245**	„	= **28,8** „	„ **1915**

Soweit es auf Grund der Fragebogen möglich war, haben wir auch diesmal die Betriebe nach verschiedenen Industriegruppen getrennt. Bei unsern früheren Aufnahmen ergab sich, daß die meisten Lackierer in der Gruppe „Verkehrswesen" beschäftigt waren. Nach unserer Erhebung von 1915 hatte der Prozentsatz der Beschäftigten in dieser Gruppe infolge des Krieges noch zugenommen. Durch unsere neue Erhebung wird die Wichtigkeit dieser Industriegruppe wieder bestätigt. Ein Vergleich der Hauptgruppen mit den früheren Zahlen ergibt:

	Zahl der Beschäftigten					
	1910	in Prozenten	1916	in Prozenten	1917	in Prozenten
Verkehrswesen ..	7082	52,4	5172	65,4	1359	62,0
Maschinenwesen .	2238	16,7	929	11,7	434	19,9
Sonstiges	4139	30,9	1808	22,9	396	18,1

In der Reihenfolge nach früheren Erhebungen geordnet, erhalten wir für die einzelnen Industriegruppen folgende Beschäftigtenzahlen:

Betriebsgruppe	Beschäftigte 1917 Zahl	Beschäftigte 1917 in Prozenten	Beschäftigte 1910 in Prozenten
Waggonfabriken	452	20,6	15,6
Wagenlackierereien	96	4,4	4,7
Automobilindustrie	120	5,5	4,5
Flugzeugindustrie	335	15,3	—
Werften	312	14,2	2,1
Militärbetriebe	79	3,6	0,9
Straßenbahn	44	2,0	2,7
Maschinenfabriken	340	15,6	16,6
Optik und Apparate	94	4,3	2,8
Möbellackierereien	63	2,9	10,6
Sonstiges	254	11,6	39,6

Obwohl die absoluten Zahlen der Beschäftigten von 1910 und 1917 ganz ungleich sind, zeigt doch das Prozentverhältnis zwischen Krieg und Frieden ungefähr den richtigen Stand. Für die Waggonfabriken ist der Prozentsatz der Beschäftigten gestiegen, ebenso in der Automobilindustrie, im Flugzeugbau ganz außerordentlich, ebenso auf den Werften und in den Militärbetrieben. Gestiegen ist auch der Prozentsatz im optischen und Apparatenbau. Für die Maschinenfabriken zeigt das Prozentverhältnis gegen 1910 einen kleinen Rückgang. Besonders groß ist der Rückgang für die Möbellackierereien und für die sonst nicht kriegswichtigen Betriebe. Rund 60 pZt. der befragten Lackierer haben auf die Frage über die Dauer ihrer Beschäftigung im Betriebe geantwortet. Die Frage hatte deshalb Bedeutung, um festzustellen, wie groß die Zuwanderung infolge des Krieges gewesen ist. Es zeigt sich aber, daß die Verhältnisse für unsere Lackierer ziemlich stabil sind.

Dauer der Beschäftigung.

	Bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 bis 12 Monate	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Ueber 3 Jahre	
Lackierer	180	171	210	258	127	609	1555
In Prozenten	11,6	11,0	13,5	16,6	8,1	39,2	100,0
Außer Beruf in Proz.	26,7	19,7	13,6	20,5	14,6	4,9	100,0

Fast 40 pZt. unserer Lackierer sind demnach seit Kriegsausbruch in ihren Werkstätten verblieben. Gleich nach Kriegsausbruch war in vielen Betrieben nur wenig zu tun; deshalb sind nur 8,1 pZt. der Befragten seit dieser Zeit in Arbeit getreten. Nach etwa einem Jahre hatten sich die Betriebe den Verhältnissen angepaßt; es erfolgten Neueinstellungen, was dadurch bestätigt wird, daß 16,6 pZt. der Lackierer bis zu zwei Jahren im gleichen Betriebe tätig waren. Die Zahlen bis zur einjährigen Beschäftigungsdauer zeigen dann eine ziemliche Gleichheit. Die in Vergleich gezogenen Zahlen für die außer Beruf Beschäftigten bestätigen das festere und sicherere Arbeitsverhältnis unserer Lackierer. Gegenüber den 40 pZt. unserer Lackierer, die über drei Jahre im gleichen Betriebe waren, waren es bei den außer Beruf Tätigen nur 5 pZt. Davon ist wohl der größte Teil gleich bei Kriegsausbruch in die Industrie gewandert. Während der Zugang von Lackierern im zweiten und dritten Jahre aus den obigen Gründen nur 8 pZt. betrug, waren es 15 pZt. der außer Beruf Beschäftigten, die seit dieser Zeit wohl in den meisten Fällen in der Kriegsindustrie arbeiteten. Bleibt dann der Zugang in den Perioden bis zu einem Jahr bei den Lackierern ziemlich gleich, so steigen die Zahlen für die außer Beruf Tätigen immer noch; das heißt, der Wechsel im Arbeitsverhältnis ist hier wesentlich größer als bei den Lackierern.

Die Frage der Beitragserhöhung im 5. Bezirk.

Nicht nur bei den Gewerkschaften, die wie unsere durch den langanhaltenden Krieg und seine Wirkungen außerordentlich ungünstig beeinflußt worden sind, sondern auch bei einer Reihe anderer Berufsverbände spielen jetzt die Fragen über die inneren Einrichtungen, Sanierung der Finanzen usw. eine wichtige Rolle. Es mußte deshalb die unabweisbare Aufgabe und Pflicht der im September dieses Jahres stattgefundenen Beiratssitzung unserer Organisation sein, sich ebenfalls mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Die Vorschläge und Beschlüsse jener Sitzung und damit in Verbindung die Erörterung der jetzt im Vordergrunde stehenden Berufs- und sonstigen Organisationsfragen sowie unserer künftigen Aufgaben, bilden das Hauptthema der Filialversammlungen, die bis jetzt in den einzelnen Bezirken stattfanden und noch weiter stattfinden, wie aus den bereits veröffentlichten Berichten zu ersehen ist.

Aus dem 5. Agitationsbezirk, wo ebenfalls zu all diesen Fragen eine Reihe von Versammlungen, Verwaltungssitzungen und Einzelberatungen — je nach der Art der jetzt so verschieden gelagerten örtlichen Verhältnisse — unter Hinzuziehung des Bezirksleiters, Kollegen Vogt, seither abgehalten wurden, liegt uns folgendes übersichtliches Bild vor:

Soweit Versammlungen stattfanden, wie in Görlitz, Dresden, Bautzen, Meißen, Leipzig, Chemnitz, Altenburg, Jena, Werdau, Meerane, war der Versammlungsbesuch gerade nicht schlecht zu nennen, wenn die eigenartigen Verhältnisse, unter denen unsere Kollegen jetzt arbeiten (Nachtschicht, auswärtiges Arbeiten usw.) in Berücksichtigung gezogen werden.

Einwendungen prinzipieller Natur gegenüber der Tätigkeit und Haltung unserer Organisationsleitung während des Krieges wurden so gut wie nicht gemacht; im Gegenteil, das Wirken der Verbandsleitung auf den verschiedensten Gebieten, insbesondere für den gesundheitlichen Schutz, für unsern mitbestimmenden Einfluß neben den Arbeitgeberverbänden auf die künftige Gestaltung unserer Berufsverhältnisse, für einen gerechten Lohnausgleich hinsichtlich der verteuerten Lebenshaltung, wurde als im wirklichen Interesse unserer Kollegen jetzt und für die Zukunft liegend anerkannt, wenn auch im letzteren Punkt noch recht viel zu wünschen übrig bleibe. Weiter mußte anerkennend hervorgehoben werden, daß unsere Organisation trotz der Schwächung der Finanzen durch den großen Lohnkampf kurz vor dem Kriege, in bezug auf finanzielle Leistungen während des Krieges mit den andern Gewerkschaften gleichen Schritt gehalten habe. Daß der Verwaltungsapparat, der gesunkenen Mitgliederzahl entsprechend gestaltet, nun nicht noch weiter abgebaut werden kann, wenn dies nicht ein Sparen an verkehrter Stelle sein soll und wovon dann nur die Organisation und letzten Endes die Mitglieder den Schaden haben würden, wurde auch allenthalben eingesehen.

Die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung an die Kriegerfamilien auch in diesem Jahre wurde begrüßt. Man erwartet von diesen Maßnahmen alsdann ein freudiges Zurückkehren unserer draußen kämpfenden Mitglieder zu ihrer Berufsorganisation nach Beendigung des Krieges.

Wo in den Versammlungen die Beitragsfrage im Sinne der Beschlüsse der Beiratskonferenz zur Sprache kam, konnte man sich der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung nicht verschließen, wenn auch hier und dort einzelne Bedenken dagegen ins Feld geführt wurden. Die Einnahmen der Organisation stehen eben bei dem niedrigen Mitgliederbestande nicht mehr im Verhältnis zu den nach jeder Richtung hin gestiegenen und noch steigenden Ausgaben; das tritt sowohl für die Hauptverwaltung, als auch für die Filialverwaltungen immer mehr in die Erscheinung. „Will die Organisation ihre vorgezeichneten jetzigen und künftigen Aufgaben erfüllen, soll die Organisation auch künftig das Mittel zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder sein, so muß man ihr auch die dazu notwendigen Mittel zuführen, so wird eine Sanierung der Finanzen unseres Verbandes nicht zu umgehen sein." So war die Ansicht der meisten Kollegen in den Versammlungen.

Wie schon gesagt, fürchteten auch einzelne Mitglieder Verluste durch eine solche Maßnahme jetzt während des Krieges; so ein Kollege in Meerane. Auch einige Chemnitzer Kollegen stellten sich auf einen ähnlichen Standpunkt. — Hier trat man auch besonders scharf den nachteiligen Folgen der Verwendung der Freimarken entgegen und forderte dann lieber eine Beseitigung des ganzen Freimarkensystems beziehungsweise bessere Aufklärung der Mitglieder darüber.

Die erwähnten Versammlungen hatten vorerst nur berichtenden und aufklärenden Zweck, Beschlüsse wurden zunächst noch nicht gefaßt.

Verwaltungssitzungen und Einzelberatungen wurden abgehalten für die Filialen Magdeburg, Dessau, Halle, Plauen, Zwickau und Glauchau. Daß den Verwaltungsmitgliedern ganz besonders daran liegen muß, unter gesunden Kassenverhältnissen zu arbeiten, liegt auf der Hand. Ganz abgesehen davon, daß die Finanzkraft einer Organisation bei allen größeren Aktionen ausschlaggebend ist, muß es auch für unsere Filialverwaltungen recht deprimierend wirken, mit Unterbilanz zu arbeiten, wie das jetzt leider bei einer nicht geringen Anzahl von Filialen der Fall ist.

Seitens der Vorstandsmitglieder der meisten Filialen wurde deshalb auch betont, daß ihnen der jetzige Zustand schon lange zu denken gegeben habe und daß sie bereits mit ihren Mitgliedern persönlich darüber Rücksprache genommen hätten. Im allgemeinen hätten die Mitglieder auch die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung anerkannt, und man hoffe, keinen größeren Schwierigkeiten zu begegnen.

Es wird nun in den kommenden Wochen Aufgabe der Filialverwaltungen sein, unter Berücksichtigung der notwendigen Bedürfnisse für Haupt- und Lokalkasse die jetzige Beitragshöhe einer Prüfung zu unterziehen und den nächsten Mitgliederversammlungen entsprechende Vorschläge zur Abstimmung zu unterbreiten. Möge dann überall der rechte Sinn für das kräftige und gesunde Fortbestehen der Organisation obwalten.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eiserne Kreuz erhielten die Kollegen **Wilhelm Goller**, Mitglied der Filiale **Worms**; **Paul Jespersen**, **Richard Gerber** und **Walter Holz** (letzterer auch das Hanseatenkreuz), Mitglieder der Filiale **Hamburg**.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Bamberg. Zur Entgegennahme eines Berichtes über die Mitte September abgehaltene Tagung des Verbandsbeirates hatten sich nach längerer Pause die Bamberger Kollegen im Verkehrslokale der organisierten Arbeiterschaft am Nachmittage des 11. November versammelt. An das vom Bezirksleiter Huß erstattete Referat schloß sich eine äußerst lebhafte Diskussion, an der sich fast alle erschienenen Kollegen beteiligten. Der Vorsitzende, Kollege Rösch, insbesondere ging sehr ausführlich auf die vom Referenten behandelten Gebiete ein. Vor allem bezeichnete er die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse bei der diesjährigen Teuerungszulage als völlig ungenügend. Die Bamberger Kollegen ständen mit ihren Lohnverhältnissen — ein Ergebnis der früheren Lohnpolitik der Arbeitgeber — weit hinter den andern Berufen, ja sogar hinter den ungelernten Hilfsarbeitern zurück; es müsse deshalb das in früheren Jahren Versäumte nun endlich nachgeholt werden. Diese Einsicht habe sich auch bei einem Teile der Arbeitgeber in letzter Zeit durchgerungen, und es sei nun abzuwarten, ob bei den kommenden Tarifverhandlungen die Arbeitgeber die Nutzanwendung dieser Erkenntnis zu ziehen gewillt sind. Die Folge der früheren verkehrten Lohnpolitik habe sich in einer starken Abwanderung der Kollegen nach andern, bedeutend besser bezahlten Berufen bemerkbar gemacht, und wenn nicht eine baldige und gründliche Besserung in den Lohnverhältnissen unserer Bamberger Kollegen eintrete, werde unser Handwerk eines Tages ohne Arbeitskräfte sein. Kollege Rösch hätte gern gesehen, wenn die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung in diesem Jahre unterblieben und diese nicht unbedeutenden Geldmittel der Organisation für die später zu erwartenden großen Aufgaben erhalten worden wären. Die Leistungen unseres Verbandes auf den verschiedenen Gebieten, besonders im Unterstützungswesen, seien durchaus befriedigend gewesen. Die beschlossene Beitragserhöhung sei durchaus notwendig und hätte von einer späteren Generalversammlung unter allen Umständen beschlossen werden müssen, um das Unterstützungswesen, besonders auch die Arbeitslosenunterstützung, weiter auszubauen. Er trete deshalb für eine Erhöhung des Verbands- wie des Lokalbeitrages ganz entschieden ein. Die folgenden Redner schlossen sich dem an, und so konnte mit einem Appell zu reger Anteilnahme an der Verbandsarbeit die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Hamburg. Am 14. November tagte hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Zunächst referierte unser Verbandsvorsitzender, Kollege Streine, über: „Die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften. Nach einem Rückblick auf die Tätigkeit unserer Organisationen in der Zeit, als sie innerlich noch wenig gefestigt und auf vorübergehende Erfolge durch flüchtig entfachte Bewegungen für bessere

Aus Feldbriefen unserer Kollegen.

Je länger dieser Krieg mit allen seinen Schrecknissen auf der Erde dauert, je abgestumpfter wird die Menschheit gegen alles, was für sie von bestimmendem Einfluß wäre. Bei all den Millionen des von Arbeitsteilung beherrschten Produktionsprozesses ist die Herrschaft der Dinge über das menschliche Wesen bereits zur vollendeten Tatsache geworden. Wir kennen heute, wenn wir es nicht früher schon aus innerer Erfahrung kannten, auf Grund der Erfahrungen dieses großen Krieges den unersetzlichen Wert der Moral, der freien Entschlußkraft und Kraft zur Selbstbehauptung und Selbsthingabe. Wir wissen auch, daß diese Werte und Kräfte sich viel mehr von innen herauswachsen müssen, aus den geheimnisvollen Gründen des menschlichen Gedankens. Hier liegt ihr Ursprung und die Kraft, die sie wachsen und sich entwickeln läßt; aber daß sie richtig wachse, daß sie sich nicht den Schattengestalten leerer Spekulationen zugeselle, sondern den greifbaren Aufgaben des wirklichen Lebens, dazu ist nötig eine unausgesetzte enge Berührung mit den Dingen der Welt um uns her.

Wir wissen, daß in unserm Arbeitsleben die Berührung mit den Dingen schon lange geführt hat zu ihrer Herrschaft über die arbeitenden Menschen, und daß sie dazu in Zukunft in immer größerem Umfang führen wird. Gerade die Aufgaben der Zukunft, die allesamt jedes Massenwohl zur Voraussetzung haben muß, und die nur von ihm gelöst werden können, verlangen, daß wir jede Arbeitsart, weil sie allein den Massen die äußere Existenz gewähren kann, nicht nur beibehalten, sondern daß sie sich zu noch größerer Durchbildung fortentwickeln muß.

Das Arbeitsleben ist in Zukunft nicht mehr zu erreichen auf dem Wege, auf dem es die Vergangenheit erreichte, sondern muß erstritten werden mit andern, schärferen Waffen. Alle die Zugeständnisse, die heute dem schaffenden Volke gemacht wurden, werden nach dem Kriege bereut werden. Es wird die Zeit kommen, wo alle Gemeinschaft mit dem schaffenden Menschen wieder abgebrochen wird, und dann erst wird es sich zeigen, ob das Volk aus den Lehren des Krieges den richtigen Gedanken erfaßt hat.

Alle diejenigen, die draußen Kameradschaft pflegten, sie sollen dann sich treu bleiben, zusammenstehen und ein Halt gebieten, wenn ihre Unabhängigkeit, ihre Selbstbestimmung, bedroht wird. Sie allein werden das gesunde Gegengewicht bilden gegen all die Elemente, die nach dem Kriege in den Völkern auferstehen werden: Leute, die nichts erlitten und geopfert haben, die auch vom Adel und vom Leiden des Feindes nichts gesehen haben, die nur den Profit von allem schlürfen wollen. — Schwächlinge, deren Selbstgefühl durch unsere Mörser riesenhaft aufgedonnert ist, so daß sie meinen, sie müßten den Mund 42 Zentimeter weit aufreißen, und wer nicht mitmache, sei kein Patriot. Auch diese Helden brauchen wir; denn es ist doch gut, daß selbst in den ernstesten Angelegenheiten der Humor, und sei es der unfreiwillige, nicht ganz zu fehlen pflegt.

Wir als Arbeiter müssen für die Zukunft eins ins Auge fassen: Gemeinschaftliches Streben nach Verbesserung des wirtschaftlichen Lebens. Es macht sich mancher Kopfzerbrechen über die Zukunft, wie der Staat es sich angelegen sein lassen wird, bei einer hoffentlich recht baldigen Demobilisation die Wahrung und Hebung der Arbeiterinteressen zu fördern. Verlassen wir uns auf uns selber; denn jedesmal, wenn wir auf anderer Hilfe warteten, verpaßten wir den günstigsten Augenblick. Es wäre geradezu grausam, zu den vielen Monaten, die mancher im Felde zugebracht, und während deren keine Gelegenheit war, sich mit etwas anderm zu befassen, noch weitere Monate hinzuzufügen, die von vielen sicher hart empfunden werden dürften. Und angenommen, die Verhältnisse im wirtschaftlichen Leben geböten es, das Gebundensein, so wird es auch bei vielen die Lust und Energie zu weiterem Existenzkampf erheblich beeinträchtigen. Man darf sich nicht einbilden, daß alle die, die zurückkehren, noch solchen Schaffensgeist und die Kraft besitzen, wie vor dem Ausrücken ins Feld. Wer seine Umgebung draußen beobachtet, wird mir recht geben, daß trotz der scheinbaren Aufklärung, die der Krieg geleistet hat, doch jeder seine Ruhe später haben möchte.

Aber wie prächtig müßte unsere Frucht nach dem Kriege gedeihen, wenn das arbeitende Volk von allen Vorurteilen sich befreit hat, wenn an Stelle des gegenseitigen Bekämpfens die Sachlichkeit treten würde. Die Arbeiterklasse muß, wenn sie ihren höchsten Zweck erfüllen soll, einig sein; dann wird sie sich, mag ihre äußere Erscheinung noch so kompliziert, ihre Sprache noch so problematisch sein, durchsetzen.

Möge uns die Kraft erwachsen, einig und treu jederzeit in rastloser Hingabe für die Erfüllung unserer Aufgaben und Pflichten zu streben, dann werden wir das erreichen, wonach wir trachten: die Befreiung aus den Ketten des Kapitals, die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

H. W., Mitglied der Filiale München.

Löhne und kürzere Arbeitszeit gerichtet waren, schilderte er, wie sie später immer neue Gebiete der Fürsorge auf weiter abgelegenen wirtschaftlichen und sozialen Gebieten ergriffen und schließlich bei Kriegsausbruch folgerichtig die von ihnen eingeschlagene Wirksamkeit entfalten mußten. Nicht passives Verhalten, sondern positive Mitarbeit auf all den zahlreichen, sich ihnen aufdrängenden Gebieten mußte ihre Losung sein, damit die Opfer, die der Krieg den Arbeitern auferlegt, möglichst gemildert wurden, die Organisationen selbst ohne größere Schädigung über den Kriegszustand hinweg erhalten und für die großen Aufgaben nach dem Kriege gut vorbereitet werden konnten. Hierauf schilderte der Referent die zahlreichen Maßnahmen der Gewerkschaften, um ihre Einrichtungen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Zeit der Demobilisierung könne große Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit und andere soziale Notstände bringen. Die Teuerung aller Bedarfsartikel werde noch jahrelang anhalten, ja, überhaupt nicht wieder ganz verschwinden. Unsere Volkswirtschaft wurde auf eine ganz neue Grundlage gestellt, der Wert des Geldes wird dauernd gering bleiben, so daß bedeutend erhöhte Einkommen nötig sind, um wieder die vor dem Kriege üblich gewesene Lebenshaltung führen zu können. Darum kann auch von einem Abbau des jetzigen zudem noch keineswegs ausreichenden Einkommens keine Rede sein, wie es insbesondere gewissen Industriellenkreisen, deren Sprachrohr die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" sei, vorschwebe. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung, des ausreichenden Arbeiterschutzes, die Regelung der Wohnungsfrage, der Arbeitsvermittlung und andere, müßten durch die Gesetzgebung und die Organisationen gelöst werden. Dabei müßten unsere Gewerkschaften sorgen, daß hierbei die Interessen der Arbeiter genügend berücksichtigt werden. Die kommenden großen Steuerlasten dürften nicht die tragen müssen, denen der Krieg nur Opfer auferlegte, während die reichen Kriegsgewinnler, die den Krieg am liebsten zu einer dauernden Einrichtung machen möchten, geschont werden. Die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge würde erst von Bedeutung werden, wenn die Kriegsteilnehmer wieder zurückgekehrt sind und der Arbeitsmarkt mit gesunden Arbeitskräften überfüllt ist. Für unser Gewerbe sind Richtlinien für gemeinsame Arbeit zu dessen Nutzen festgesetzt. Werde nach ihnen gehandelt, so würde sowohl unsern Kollegen als auch den Arbeitgebern eine günstigere Zukunft ermöglicht werden können. Ob die Arbeitgeber in größerem Maße unserm Drängen auf praktische Mitarbeit bei der Verwirklichung der aufgestellten Grundsätze ausreichend Rechnung tragen würden, müsse abgewartet werden. Viel komme auf die Förderung der Rohstoffbeschaffung für unser Gewerbe und für die Industrie an; darum müßten wir auch hierbei unsern Einfluß geltend machen, daß nicht Leute (gewisse Händlerkreise), die die gegenteiligen Interessen haben, ihren Willen durchsetzen. — So erwüchsen den Gewerkschaften große Aufgaben. Wie jetzt, müßten sie auch nach dem Kriege von Staat und Gesellschaft anerkannt werden als gleichberechtigte Faktoren, und unausgesetzt praktisch tätig sein, um soziale Reformen durchzuführen und der breiten Masse des Volkes günstige Lebensverhältnisse zu schaffen. Nicht bloßes Negieren und Beiseitestehen, wo soziale Gegenwartsarbeit geleistet wird, bringe den Arbeitern und unsern Kollegen Nutzen; tatkräftige Mitarbeit an allen Stellen und bei jeder Gelegenheit müsse unsere Aufgabe sein. Unser Verband hat bewiesen, daß er auch in so ernster Zeit trotz aller Schwierigkeit die Interessen der Kollegen wahrnehmen und über den Krieg hinaus seine Position behaupten kann. Die erforderliche Beitragserhöhung findet überall das nötige Verständnis; denn niemand wolle, daß wir dieses Jahr zu Weihnachten die Frauen unserer Kriegsteilnehmer leer ausgehen lassen, und daß wir jetzt unser bisher wohlbehütetes und sogar erhöhtes Vermögen angreifen, das wir nach dem Kriege für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, und wenn es sein müßte, für wirtschaftliche Kämpfe nötig brauchen. Wir haben bewiesen, daß uns an einer friedlichen Vertretung unserer Interessen gelegen ist; aber niemand kann voraussagen, ob wir bei der Mehrzahl der Arbeitgeber das erforderliche Verständnis dafür finden, daß die Lebenshaltung unserer Kollegen auf eine Höhe gebracht wird, die sie unbedingt erlangen müssen und die es ermöglicht, daß dem Beruf die erforderlichen Arbeitskräfte zugeführt werden können, und daß dieser selbst wirtschaftlich und fachgewerblich nicht immer mehr in Verfall kommt. — Mit einem Appell, auch an die anwesenden Kriegerfrauen, in Zukunft den Gedanken der Organisation mehr noch als bisher zu pflegen, schloß der Redner seine Ausführungen.

Sodann gab Kollege de Haas den Kassenbericht für das dritte Quartal. Dieser schließt ab mit einer Einnahme von ℳ 5300,85, davon ℳ 3950,85 für die Hauptkasse; einer Ausgabe von ℳ 3645,81, wovon ℳ 1584,36 auf die Filialkasse entfallen. Die Mitgliederzahl beträgt, nachdem wiederum 15 Kollegen zum Militär eingezogen sind, 410; nach den im Quartal umgesetzten Beitragsmarken ergibt sich eine Mitgliederzahl von 416. Der Vorsitzende, Kollege Buch, berichtet sodann, daß die Abstimmung über den Vorstandsantrag, „die Wochenbeiträge von 85 ₰ auf ℳ 1 zu erhöhen", folgendes Resultat ergeben habe: Gegen die Beitragserhöhung stimmten insgesamt 13 Mitglieder, dafür 316. Erfreulich sei die allseitige Zustimmung der Mitglieder in den Zahlstellen. Auf Grund einer Umfrage bei den im Felde befindlichen Mitgliedern, seien bisher 461 Antworten eingegangen; fünf Mitglieder hätten sich der Stimme enthalten, weil sie die Entscheidung lediglich den Zurückgebliebenen überlassen möchten. Alle übrigen Kollegen hätten der Beitragserhöhung zugestimmt, mit der gleichzeitigen Hoffnung, daß sie sich am 1. März 1918, wo dieser Beschluß in Wirksamkeit tritt, an der Zahlung der höheren Beiträge beteiligen könnten. Das Gesamtergebnis sei somit ein ganz erfreuliches, indem von 795 Mitgliedern 772 der vorgesehenen Beitragserhöhung zugestimmt hätten. Nach dem Beschluß des Beirats müßten künftig 10 ₰ mehr an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Gründe, die dafür sprechen, wurden von der Versammlung als stichhaltig angesehen. Weiter stimmte die Versammlung dem Beschluß des Filialvorstandes zu, der für den Hauskassierer eine Teuerungszulage von ℳ 60 pro Monat vorsieht. Ebenso der Veränderung der Geschäftszeit im Bureau, die sich wegen des herrschenden Kohlenmangels notwendig macht. Das Bureau ist künftig, mit Ausnahme von Donnerstags und Freitags, von 9 bis 4 Uhr, an den beiden erwähnten Tagen nur von 2 bis 4 Uhr geöffnet. Um Meldungen nach Arbeitsschluß zu ermöglichen, ist an den Sonnabenden außerdem das Bureau von 6 bis 8 Uhr geöffnet. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß eine erneute Eingabe der Malerinnung an das Kriegsversorgungsamt, die Maler als Schwerarbeiter gelten zu lassen, abgelehnt sei. Die Organisation sei somit verpflichtet, wiederum für die Kollegen einzeln die Zusatzkarten für Brot, Kartoffeln und Rippen zu beantragen. Unsere Anträge seien bisher vom Kriegsversorgungsamt sämtlich berücksichtigt worden.

Ingolstadt. Unsere Zahlstelle mußte vor einigen Monaten nach der Einberufung des noch verbliebenen Vertrauensmannes, Kollegen Kirchner, leider stillgelegt werden. Da sich nunmehr wieder eine Anzahl Kollegen zusammengefunden haben, die beim T. V. J. zur Arbeit kommandiert sind, wird von der Bezirksleitung versucht, die beim T. V. J. zerstreuten Kollegen in den einzelnen Abteilungen wieder im Verbande zusammenzuschließen. Diese Bemühungen fallen zeitlich zusammen mit den Bestrebungen der für diese Betriebe in Betracht kommenden Organisationen, ein einheitliches Arbeiten zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu sichern. Eine Verständigung zwischen den beteiligten Bezirksleitungen ist auf einer am 19. Oktober in München zusammengetretenen Konferenz bereits erfolgt und eine besondere Arbeitskommission für diese Aufgabe eingesetzt. Wie sehr verbesserungsbedürftig in der Tat die beim T. V. J. herrschenden Arbeitsverhältnisse sind, geht daraus hervor, daß dort zurzeit ein Stundenlohn von 54 ₰ gezahlt wird, zu dem noch eine Teuerungszulage von ℳ 1 pro Tag hinzukommt, so daß sich ein normaler Wochenverdienst von ℳ 37,32 ergibt. Ursprünglich wurden 60 ₰ Stundenlohn gezahlt. Bei Gewährung dieser Zulage, die im September dieses Jahres mit Rückwirkung bis 1. Februar erfolgte, wurde der Stundenlohn um 6 ₰ gekürzt. Auf der einen Seite also ℳ 6 bewilligt, anderseits aber wieder ℳ 3,48 in Abzug gebracht, so daß die Teuerungszulage ganze ℳ 2,52 die Woche beträgt. Irgendwelche Zuschläge für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit werden nicht gewährt, dagegen die Leistungen mit Zwangsmitteln durchgesetzt. Bei Reklamationen erfolgt mit Vorliebe die Verwendung zu Taglöhnerarbeit. Die Lohnzahlung erfolgt, ebenso wie die Verrechnung der Zulagen, alle vier Wochen; in den Zwischenwochen werden nur Abschlagszahlungen gewährt. Die Werkstätte unserer Kollegen, die sich in einer Kasematte befindet und in der zeitweilig große Mengen Möbel zu bearbeiten sind, ist viel zu klein; Schränke zum Aufbewahren der Kleider fehlen, so daß einem Kollegen bereits ein Anzug gestohlen wurde, wofür eine Ersatzleistung aber abgelehnt wurde. Auch die Preise für das in der Regieküche verabreichte Essen lassen noch zu wünschen übrig. Grund genug ist also vorhanden, daß sich unsere Kollegen beim T. V. J. ernstlich bemühen, zu besseren Verhältnissen zu gelangen; dies können sie allerdings nicht erreichen, wenn einer gegen den andern arbeitet, sondern nur, wenn sie geschlossen in ihrem Verbande und im Zusammenwirken mit den Organisationen der übrigen Berufe ihre Interessen verfolgen und einig vorgehen.

Wiesbaden. Am 11. November fand die Quartalsversammlung der Filiale statt, die entsprechend den Verhältnissen einen guten Besuch aufwies. Nach Ehrung der im letzten Quartal gefallenen und gestorbenen Kollegen erstattete Kollege Goll den Bericht. Die lange Kriegsdauer hat die Berufslage weiter ungünstig beeinflußt. Die Zahl der im Beruf tätigen Kollegen hat durch die Heranziehung zum Hilfsdienst weiter abgenommen. Auch von den Arbeitgebern wurden mehrere zum Hilfsdienst eingezogen. Zurzeit sind noch etwa 40 Kollegen im Beruf beschäftigt. Arbeitslos waren im dritten Quartal 15 Kollegen zusammen 15 Tage. Auf dem Arbeitsnachweis gelangten nur 12 offene Stellen zur Anmeldung. Die Durchführung der Teuerungszulage gab zu keinerlei Beschwerden Veranlassung. Die Mitgliederzahl ist ziemlich die gleiche geblieben und beträgt zurzeit 149. Die Kasseneinnahmen betrugen inklusive des Kassenvortrages ℳ 3175,76, die Ausgaben ℳ 1485,58, so daß ein Kassenbestand von ℳ 1690,10 verbleibt. Hiervon hat die Hauptkasse noch ℳ 302,00 zu erhalten. Mit den einberufenen Kollegen wird ein reger Verkehr gepflogen. 1280 Feldpostsendungen gingen im dritten Quartal ab. Gefallen sind bis jetzt 62 Kollegen von 609 Einberufenen. Der Bericht wurde beifällig aufgenommen und knüpfte sich daran eine Diskussion bezüglich des Sterbegeldes eines vom Militär zur Arbeitsleistung beurlaubten Kollegen, der tödlich verunglückte, sich aber leider beim Verbande noch nicht angemeldet hatte, trotzdem er schon mehrere Wochen arbeitete, so daß nun die Frau kein Sterbegeld erhalten konnte. Es wurde dies allgemein bedauert, aber anerkannt, daß nach Lage des Falles der Hauptvorstand nicht anders handeln konnte. Bei Auszahlung der Weihnachtsunterstützung sollen die Frauen darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei Entlassung, Reklamation oder Beurlaubung vom Heeresdienst die Rückmeldung beim Verband gleich zu erfolgen hat, um solche unliebsamen Vorkommnisse zu vermeiden. Hierauf referierte der Bezirksleiter, Kollege Zimmermann, über die Beschlüsse des Beirates und die Situation im Verbande. Er legte eingehend die Gründe dar, die eine Beitragserhöhung notwendig machen. An der Diskussion beteiligten sich sieben Kollegen, die sich alle für eine Beitragserhöhung aussprachen. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, den wöchentlichen Beitrag um 20 ₰ zu erhöhen, fand allgemeine Befriedigung, da es von allen Rednern als dringend notwendig bezeichnet wurde, daß auch der Beitrag für die Lokalkasse erhöht werden müßte, damit die Filiale ihre Aufgaben auch weiterhin finanziell erfüllen könne. Die Abstimmung über den Antrag wurde auf eine spätere Versammlung verlegt, um erst die Vorschläge des Vorstandes über die Beitragserhöhung abzuwarten. Mit einem Appell an die Mitglieder, auch fernerhin fest zur Organisation zu halten und tatkräftig mitzuarbeiten, schloß der Vorsitzende, Kollege Keil, die gut verlaufene Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Verhandlungen im Baugewerbe. Zwischen den Zentralverbänden der Bauarbeiter und dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe fanden am 14. November im Reichswirtschaftsamt Verhandlungen über die Bewilligung von weiteren Teuerungszulagen und die Verlängerung des Ende März nächsten Jahres ablaufenden Reichstarifvertrages für das Baugewerbe statt. Die Verhandlungen sollen Ende November fortgesetzt werden.

Eine Reichskonferenz der Holzarbeiter, die von 135 Delegierten aus 124 Verbandszahlstellen besucht war, beschäftigte sich mit der Kündigung der am 15. Februar 1918 ablaufenden Tarifverträge. Die bisher vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes mit den Unternehmern geführten Verhandlungen hatten zu keinem Ergebnis geführt. Nach längerer Aussprache nahm die Konferenz eine Resolution an, in der die Revision der Klasseneinteilung als die dringendste Forderung bezeichnet wird. Der Verlängerung der Tarifverträge um ein weiteres Jahr könne nur zugestimmt werden, wenn eine weitere Teuerungszulage gewährt und die vertraglichen Mindestlöhne um den Betrag der Teuerungszulage erhöht werden. Der Vorstand wurde beauftragt, bei etwaigen weiteren Verhandlungen an diesen Forderungen festzuhalten. Für den Fall, daß sie von den Unternehmern abgelehnt werden, sollten die Verträge zum 15. November in allen Städten gekündigt werden.

Ein weiterer Verhandlungsgegenstand war die Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage. Die Vorschläge des Verbandsvorstandes wurden in einigen Punkten geändert unter Aufrechterhaltung des Grundgedankens. Nach den gefaßten Beschlüssen werden Staffelbeiträge in Höhe von 40 ₰ bis ℳ 1,50 wöchentlich eingeführt unter Fortfall der Lokalbeiträge. Jede Zahlstelle bestimmt die für den Ort in Frage kommende Beitragsklasse. Die Unterstützungssätze wurden gestaffelt und erhöht, am stärksten die Streikunterstützung. Den örtlichen Verwaltungen bleiben 25 pZt. der Beiträge zur Erfüllung ihrer örtlichen Aufgaben. Die jetzigen Lokalkassenbestände bleiben den Zahlstellen, doch dürfen künftig lokale Zuschläge zu den Verbandsunterstützungen nicht mehr gezahlt werden. Mit der Erhebung der höheren Beiträge soll am 1. Januar, mit der Auszahlung der höheren Unterstützungssätze am 1. Juli 1918 begonnen werden. Diese Bestimmungen wurden in der Schlußabstimmung mit allen gegen sechs Stimmen gutgeheißen. Die Beschlüsse der Reichskonferenz in der Beitragsfrage unterliegen jetzt der Urabstimmung, die in der Zeit vom 1. bis 17. Dezember vorgenommen wird.

Einkommen der Buchdrucker. Nach den Ausweisen der Buchdruckergenossenschaften hatten einschließlich der Ueberstunden, die von der Tarifamtsstatistik nicht berücksichtigt werden, die einzelnen Sparten folgende Jahreseinkommen:

	Handsetzer	Maschinensetzer	Flachdrucker	Rotationsdrucker
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1913	1726,87	2219,26	1720,14	2261,75
1914	1722,39	2217,07	1707,15	2248,—
1915	1778,10	2276,77	1784,80	2404,14
1916	1951,55	2596,82	2021,92	2618,21

Im Gesamtdurchschnitt betrug demnach der Jahresverdienst eines Buchdruckers:

1913	ℳ 1962,—	1915	ℳ 2058,38
1914	„ 1972,40	1916	„ 2247,12

Nach der Tarifamtsstatistik würde das Jahreseinkommen eines Buchdruckers sein:

ohne Teuerungszulage ..... ℳ 2045,41
mit „ ..... „ 2316,89

Diese einwandfreien Feststellungen widerlegen aufs treffendste das Geschrei von den „maßlos gestiegenen Löhnen während der Kriegszeit". Außer den Rüstungsbetrieben, und auch da nur für bestimmte Spezialarbeiter, ist, wie obiges Beispiel zeigt und aus den verschiedenen Lohnerhebungen gewerblicher Arbeiter hervorgeht, nirgends die Lohnerhöhung eine solche, daß sie nur einigermaßen einen Ausgleich für die eingetretene gewaltige Verteuerung des Lebensunterhaltes darstellt.

Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1916. Trotz der durch den langen Kriegszustand verursachten Erschwernisse sind auch im verflossenen Jahre die Arbeitersekretariate ihren Aufgaben gerecht geworden. Allerdings war ihre Tätigkeit nicht so umfangreich wie in den letzten Friedensjahren. Die Einberufungen zum Heeresdienst haben den Sekretariaten so manche wertvolle Arbeitskraft genommen, die nicht so leicht ersetzbar ist. Es bestanden 1916 130 Arbeitersekretariate, die von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden unterhalten wurden. An der Statistik sind 119 beteiligt. Diese wurden im Jahre 1916 insgesamt von 526 365 Personen in Anspruch genommen, darunter waren 492 716 = 93,6 pZt. Arbeitnehmer oder Angehörige solcher; 276 652 Auskunftsuchende = 53,0 pZt. der Gesamtzahl gehörten gewerkschaftlichen Organisationen an. Bemerkenswert ist, daß sich seit Kriegsausbruch die Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen erheblich gesteigert hat. Sie stieg von 110 934 im Jahre 1913 auf 241 296 im Berichtsjahr. 1913 kamen auf je 100 Besucher 16,2 weibliche, 1916 dagegen 45,8. Diese Erscheinung ist zum Teil zurückzuführen auf die Auskunftserteilung an Kriegerfrauen über Unterstützungsfragen. Aber auch die erhöhte Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben an Stelle der eingezogenen Männer hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen.

Insgesamt wurden 558 947 Auskünfte erteilt, darunter 44 410 schriftlich. Erheblich zugenommen während der Kriegszeit hat die Zahl der Auskünfte in Staats- und Gemeindeangelegenheiten. Während sie 1913 nur 15,2 pZt. aller Auskünfte ausmachten, stehen sie 1916 mit 150 462 Auskünften = 27,1 pZt. der Gesamtzahl an erster Stelle. Die erhebliche Vermehrung dieser Auskünfte steht mit dem Kriegszustand, Militärwesen und Kriegsfürsorge in Ver-

bindung. Ein Teil der Sekretariate registrierte die Auskünfte über Unterstützungssachen der Familien von Kriegsteilnehmern unter dem Titel: „Gemeinde- und Staatsangelegenheiten.“ 85 Sekretariate zählten diese Auskünfte gesondert. Es wurden von ihnen insgesamt 57 678 Auskünfte in Familienunterstützungssachen erteilt 127 954 Auskünfte = 23,0 p.H. der Gesamtzahl betreffen Fragen des bürgerlichen Rechts. An dritter Stelle nach der Zahl der Auskünfte steht das Gebiet der Arbeiterversicherung mit 125 444 Auskünften, die 22,6 p.H. aller Auskünfte ausmachen. Es kamen auf die Unfallversicherung 59 541, auf die Krankenversicherung 25 351, auf das Knappschaftswesen 2805, und auf die Invalidenversicherung, einschließlich der Privatangestelltenversicherung, 30 504 Auskünfte. Bei der Invalidenversicherung ist gegen das Vorjahr eine Zunahme der Auskünfte um 2800 eingetreten. Es machen sich auf diesem Gebiete bereits die Invalidensachen der Kriegsteilnehmer geltend. Von den übrigen Auskünften betrafen 48 578 Arbeits- und Dienstverträge, 22 103 das Strafrecht, 822 das Vereins- und Versammlungsrecht, 3246 die Arbeiterbewegung, 5800 Privatversicherung, 2058 Handels- und Gewerbesachen.

Schriftsätze wurden 175 292 angefertigt. Die Verteilung auf die einzelnen Sachgebiete stellt sich folgendermaßen dar: Es betrug die Zahl der Schriftsätze in bezug auf die Arbeiterversicherung 37 260, Arbeits- und Dienstverträge 11 008, Bürgerliches Recht 21 030, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 34 542, Strafrecht 5254, Unterstützungssachen der Familien von Kriegsteilnehmern 42 202.

Ueber die persönliche Vertretung von Rechtsfällen vor Körperschaften machten 99 Sekretariate Angaben. Diese übten insgesamt Vertretungen in 4652 Fällen aus. Die Zahl der wahrgenommenen Termine belief sich auf 7873.

Ueber den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen behandelten Rechtsfällen erzielten, sind genaue Nachweise nicht zu erringen. Die Sekretariate sind hier auf Mitteilungen der Rechtsuchenden über den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten angewiesen. Solche Mitteilungen erfolgen jedoch nur in einem verhältnismäßig geringen Umfang. 83 Sekretariate berichteten zusammen über 23 450 Fälle, deren Ausgang ihnen bekannt wurde. Von diesen Rechtsstreitigkeiten waren 17 558 erfolgreich und 5892 erfolglos.

Die Unterhaltung der Sekretariate legt den Gewerkschaften erhebliche finanzielle Opfer auf. In der Hauptsache sind es Einrichtungen der Kartelle. Zwei Sekretariate werden von der Generalkommission und 13 vom Verband der Bergarbeiter unterhalten. Bei der durch den Krieg verursachten starken Verminderung der Gewerkschaftsmitglieder wäre es den Kartellen nicht möglich gewesen, die Sekretariate völlig zu erhalten, wenn nicht die Generalkommission durch Zuschüsse besonders bedrängten Sekretariaten finanzielle Hilfe gewährt hätte. Die Gesamtausgabe der an der Statistik beteiligten Sekretariate betrug ℳ 576 315. Von dieser Ausgabe wurden gedeckt ℳ 394 306 aus Kartellkassen, ℳ 43 852 aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und ℳ 34 852 aus den Kassen beteiligter Organisationen. Unter der letzteren Summe befinden sich ℳ 23 702 des Bergarbeiterverbandes für die Unterhaltung seiner Sekretariate. Die Zuschüsse der Generalkommission belaufen sich auf ℳ 74 217, die von Parteiorganisationen und sonstigen Arbeiterunternehmungen auf zusammen ℳ 21 385. Aus Staats- und Gemeindemitteln wurden an sieben Sekretariate zusammen ℳ 10 475 gegeben. Ein Defizit von ℳ 23 877 wurde aus den Kassenbeständen gedeckt.

Bei der segensreichen Tätigkeit, die die Sekretariate durch ihren dem werktätigen Volke gewährten Rechtsbeistand entfalten, der in hohem Maße dem allgemeinen Wohle dient, wäre es durchaus angebracht, wenn die Sekretariate in größerem Umfange, als bisher geschehen, Unterstützungen aus Gemeindemitteln erhalten würden. Besonders aber während des Krieges, wo bei dem stark reduzierten Mitgliederstande die Gewerkschaften die finanziellen Opfer besonders drückend empfinden. Der Aufgabenkreis der Sekretariate ist durch ihre Tätigkeit in Kriegsfürsorgesachen gegen die Friedenszeit bedeutend erweitert. Die Aufrechterhaltung der Sekretariate während der Kriegszeit ist eine dringende Notwendigkeit. Es gereicht den Gewerkschaften zur hohen Ehre, aus eigener schöpferischer Kraft, trotz aller Schwierigkeiten und finanziellen Opfer, die Rechtsberatungseinrichtungen bisher aufrechterhalten zu haben.

Arbeiterversicherung.

Unterstellung einer Gewerbekrankheit unter die reichsgesetzliche Unfallversicherung. Nach § 547 der Reichsversicherungsordnung kann durch Beschluß des Bundesrates die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden. Der Bundesrat ist berechtigt, für die Durchführung besondere Vorschriften zu erlassen.

Nun hat am 12. Oktober dieses Jahres der Bundesrat mit der Unterstellung der gewerblichen Vergiftungen unter die Unfallversicherung endlich einen Anfang gemacht durch eine Verordnung, die für Vergiftungen durch aromatische Nitroverbindungen, soweit sie sich bei der Herstellung von Kriegsbedarf ereignen, die Entschädigungspflicht anerkennt. Nachstehend bringen wir den Wortlaut der Verordnung:

„§ 1. Wenn eine nach dem dritten Buche der Reichsversicherungsordnung versicherte Person bei Herstellung von Kriegsbedarf sich eine Gesundheitsschädigung durch nitrierte Kohlenwasserstoffe der aromatischen Reihe (zum Beispiel Dinitrobenzol, Trinitrotoluol, Trinitroanisol) zuzieht und infolge ihrer Einwirkung stirbt, so sind Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung auch dann zu gewähren, wenn der Tod nicht als Folge eines Unfalles, sondern als Folge einer allmählichen Einwirkung der genannten Stoffe anzusehen ist.

§ 2. War der Verstorbene in mehreren Betrieben beschäftigt, welche die im § 1 genannten Stoffe herstellen oder verarbeiten, so hat derjenige Versicherungsträger die Bezüge festzusetzen und zu gewähren, dem der Betrieb gehört, in welchem der Verstorbene zuletzt mit jenen Stoffen beschäftigt worden ist.

§ 3. Der Reichskanzler kann besondere Vorschriften zur Ausführung dieser Verordnung, insbesondere über die Aufbringung der Mittel erlassen.

§ 4. Die Verordnung gilt rückwirkend für die seit dem 1. August 1914 eingetretenen Todesfälle. Die Frist zur Anmeldung von Ansprüchen aus zurückliegenden Todesfällen läuft frühestens mit dem 1. Februar 1918 ab.

Ansprüche auf Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten, die seit dem 1. August 1914 rechtskräftig abgelehnt worden sind, weil die schädigende Einwirkung der im § 1 genannten Stoffe nicht die Folge eines Unfalles gewesen ist, hat der Versicherungsträger nach den Vorschriften dieser Verordnung zu prüfen. Führt die Prüfung zu einem dem Berechtigten günstigeren Ergebnis oder wird es von dem Berechtigten verlangt, so ist ihm ein neuer Bescheid zu erteilen.

§ 5. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Verordnung.“

Es wäre angebracht, daß die Berufskrankheiten überhaupt der Unfallversicherung unterstellt werden, so die Bleierkrankungen und alle übrigen gewerblichen Vergiftungen, die zweifellos Unfälle sind und als solche bewertet werden müßten. Ein winziger Anfang auf dem zu beschreitenden Wege ist mit der obigen Verordnung gemacht, ein rascheres Tempo muß aber folgen.

Sozialpolitisches.

Das Elend unserer Lebensmittelversorgung tritt immer deutlicher zutage. Selbst wenn man alle Schwierigkeiten mildernd berücksichtigt, so muß man doch sagen, daß die behördliche Organisierung unserer Lebensmittelbeschaffung und Lebensmittelverteilung in den wesentlichsten Punkten versagt hat. Deutlicher als jemals vorher hat der Krieg gezeigt, daß sich wirtschaftliche Aufgaben nicht durch Zwangsorganisationen lösen lassen, wenn die Bevölkerung den organisatorischen Bestrebungen einen inneren Widerstand entgegensetzt. Nur die freiwillige Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten ist imstande, ein Volk über die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung hinwegzubringen, und an dieser Freiwilligkeit fehlt es; denn wenn irgendeine Verordnung erlassen oder eine Maßregel getroffen worden ist, so sinnen mindestens drei Viertel der Bevölkerung darüber nach, wie sie den behördlichen Anordnungen ein Schnippchen schlagen und sie umgehen können.

Dieser innere Widerstand hat es hauptsächlich verschuldet, daß es nirgends klappt und daß die Sorge um den Lebensunterhalt immer peinigender wird. Was soll man, um ein naheliegendes Beispiel herauszugreifen, dazu sagen, daß trotz der reichlichen Kartoffel-, Gemüse- und Obsternte diese notwendigen Nahrungsmittel nicht nur sehr teuer, sondern manchmal gar nicht zu haben sind? Am schlimmsten ist die steigende Unsicherheit in der Lebensmittelbeschaffung, die eine wahre Hamsterwut erzeugt hat. Die Bevölkerung hat den Glauben an die Versprechungen der Behörden verloren, sie schreitet immer entschiedener zur Selbsthilfe, indem sie sich selbst, einerlei wie und wo, Lebensmittel verschafft. Man braucht nur die Hamsterfahrten in der Nähe der Städte zu beobachten, um einen Begriff zu bekommen von der Angst der Bevölkerung vor dem Verhungern. Mögen die Behörden auch noch so glaubhaft versichern, daß an den notwendigsten Lebensmitteln kein Mangel sein und daß eine planmäßige gerechte Verteilung stattfinden werde, kein Mensch schenkt diesen Versicherungen Glauben. Es wird eben weitergehamstert. Wer möchte bezweifeln, daß nur eine verhältnismäßig geringe Zahl der städtischen Verbraucher sich mit den ihnen zugeteilten Waren begnügt, daß aber die überwiegende Mehrzahl unablässig bemüht ist, sich von hinten herum Lebensmittel zu verschaffen? Die behördliche Höchstpreispolitik hat den eigenartigen „Erfolg“ gezeitigt, daß die Waren vom offenen Markte verschwinden, wenn für sie Höchstpreise festgesetzt werden, daß sie aber auf Schleichwegen zu höheren Preisen noch immer zu haben sind.

Eine der unangenehmsten Begleiterscheinungen des Krieges ist der Schleichhandel. Tausende von Personen haben sich darauf geworfen, Waren, die einem Höchstpreis unterliegen, unter der Hand aufzukaufen und mit einem unverschämten Aufschlage weiterzuverkaufen. Da sind zunächst die verschiedenen Nahrungsmittel, die zu normalen Preisen nicht mehr zu haben sind, die man aber, wenn man auf den Preis nicht sieht, immer noch genügend kaufen kann. Für Schinken, Eier, Butter und Honig werden geradezu wahnwitzige Preise gezahlt, und auch die unentbehrlichsten Nahrungsmittel werden ungeheuer in die Höhe getrieben. Es sind nicht allein die Schleichhändler, die diesen verdammungswürdigen Wucher treiben, auch das hamsternde Publikum aus den zahlungsfähigen Kreisen unterstützt diesen Wucher, weil es sich gegenseitig überbietet. Geradeso verhält es sich mit den andern Bedarfsgegenständen. Für Seife, Schuhe, Wollwaren usw. werden ungemein hohe Preise gezahlt, wenn man sie „unter der Hand“ kaufen kann. Die Folge davon ist, daß die Angehörigen der besitzenden Klassen in der Lage sind, nach wie vor üppig zu leben, während die Angehörigen der Unterschichten Not leiden. Gegen den Schleichhandel sind bislang alle behördlichen Maßregeln wirkungslos geblieben, was wesentlich auch dadurch mitverschuldet ist, daß die zahlungsfähigen Verbraucher dies Unwesen in jeder Weise unterstützen.

Auch der Tauschhandel, der im Zeitalter des Kapitalismus bereits abgekommen war, ist wieder aufgetaucht und spielt eine wichtige Rolle bei der Beschaffung von Lebensmitteln. Es ist bekannt, daß man auf dem Lande alle möglichen Nahrungsmittel bekommen kann, wenn man andere Waren, wie Zucker, Reis, Seife, Petroleum usw., dagegen austauscht. Die Geschäftsinhaber in der Stadt verstehen sich ebenfalls auf den Tauschhandel. Wenn sie auch wegen der Warenbeschlagnahme nichts mehr im Laden haben, so haben sie doch noch immer etwas im Hintergrunde, das sie bei günstigem Angebot gegen andere Waren austauschen. Auf dem Wege des Tauschhandels kann man noch heute Schuhe und Unterzeug, Bettüberzüge und Decken sowie alle möglichen andern Sachen bekommen. Die Geschäftsleute helfen einander aus, während sie das Publikum mit leeren Worten abspeisen, und wenn eine Bauernfrau mit ihren Leckerbissen auf der Bildfläche erscheint, so kann sie alles bekommen, was sie haben will.

Was ist gegen Schleichhandel und Tauschhandel zu machen, wie ist die Durchbrechung der Lebensmittelrationierung zu verhindern? So fragt man sich allgemein; aber niemand weiß eine durchschlagende Antwort zu geben. Die einen empfehlen schwere Strafen und Konfiskation der Waren und Gewinne, die andern sind der Meinung, man müsse mit dem ganzen System brechen und dem freien Handel wieder das Feld einräumen. Das letztere wäre unzweifelhaft ein ganz gefährliches Experiment und könnte leicht dahin führen, daß die Wohlhabenden unverschämt hamsterten, so daß die Unbemittelten schließlich das Nachsehen hätten. So wird uns dann wohl nichts anderes übrigbleiben, als daß Behörden und Gerichte einen erbitterten, rücksichtslosen Kampf gegen die Wucherer, Blutsauger und Hamsterer führen, und daß sie in diesem Kampfe von allen rechtlich denkenden und sozial empfindenden Menschen unterstützt werden. Vielleicht hilft es etwas, schaden kann es ja keinesfalls. Leider hat man die Konsumvereine bei der Organisierung der Lebensmittelversorgung vielfach ausgeschaltet, anstatt ihre Erfahrungen und Einrichtungen in den Dienst der Sache zu stellen. Das rächt sich nun aufs schwerste und läßt sich wohl kaum wieder gutmachen.

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 34 enthält unter andern folgende Artikel: Dr. Paul Lensch, M. d. R.: Draußen und drinnen. Wilhelm Janssen: Friedensprogramme. Gertrud Hanna: Die Gewerkschaften und die Arbeiterinnen. Georg Wikmann: Berufskrankheiten der Bergleute. Arno Franke: Familienbilder. X.: Leo Tolstoi und die Polizei. Georg Beyer: Die Armen. Hans Marckwald: Die materialistische Aesthetik des Unbewußten. Peregrinus: Das Lächeln. Glossen. — Einzelhefte 30 ₰, vierteljährlich ℳ 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Jahrbuch 1916 des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes in Hannover.

Sterbetafel.

Posen. Am 19. November verschied der Kollege **Lud. Kaminski** infolge Lungenleidens im Alter von 32 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung

über die Weihnachtsunterstützung an die Ehefrauen unserer zum Heere einberufenen Kollegen.

Verschiedene an den Vorstand gerichtete Anfragen machen es nötig, soweit es nicht schon in dem Rundschreiben Nr. 12 und im „Vereins-Anzeiger“ Nr. 46 geschehen ist, darauf hinzuweisen, daß nur in der Filiale die Unterstützung auszuzahlen ist, wo der Wohnsitz der Familie bei der Einberufung war. Hat sich dieser inzwischen verändert, wenn auch nur vorübergehend, und wünscht die Frau die Weihnachtsunterstützung in einer andern Filiale zu erheben, so ist von dieser Filiale ein Antrag beim Vorstand einzureichen.

Witwen von gefallenen Kollegen kann die Unterstützung nicht gewährt werden, da in diesen Fällen Sterbegeld ausgezahlt wird.

Bereits vom Heeresdienst entlassene und ledige Kollegen können diese Unterstützung ebenfalls nicht erhalten; deshalb sind solche Meldungen gar nicht erst an den Vorstand einzureichen.

Im Hilfsdienst stehende Mitglieder (einerlei, ob die Familien die städtische Unterstützung beziehen oder nicht) gelten als freie Arbeiter. Für diese Kollegen besteht, wie schon wiederholt bekanntgemacht wurde, die Beitragspflicht. Die Weihnachtsunterstützung kommt daher in diesen Fällen nicht in Betracht.

Die Filialen sollen in diesem Jahre die Unterstützungsquittungen selbst ausstellen; es ist deshalb die Zahl der benötigten Quittungen umgehend zu bestellen. Wo in der Filiale Zweifel über den Unterstützungsanspruch einzelner Kollegen bestehen, ist auf einer Meldekarte bei der Hauptkasse anzufragen. Wir bitten aber, ganz besonders zu beachten, daß solche Anfragen nicht auf Listen usw. gemacht werden können, sondern nur auf den hierzu bestimmten Meldekarten, die, falls solche benötigt werden, umgehend zu bestellen sind. Wir ersuchen noch, bei diesen Bestellungen nicht mehr als den tatsächlichen Bedarf zu fordern.

Im übrigen verweisen wir nochmals auf das erwähnte Rundschreiben vom 12. November und die Bekanntmachung im „Vereins-Anzeiger“ Nr. 46. **Der Verbandsvorstand.**

Bericht der Hauptkasse vom 11. bis 24. November.

Eingesandt haben: Kaiserslautern ℳ 100, Hamm 24,40, Frankfurt a. M. 400, Ulm 100, Darmstadt 31,35.

Die Woche vom 2. bis 8. Dezember ist die 49. Beitragswoche. **H. Wentker**, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 46 des „Correspondenzblattes“ bei.

Verlag: H. Wentker Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.